

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Mifflinghaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Döschoff 4196/4198



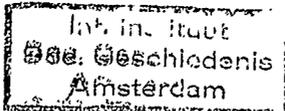
Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Espadient

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Berechtigung gestattet. Abdruck bedarf 4 Bogen
von zwei Exemplaren, wenn nicht anderes verordnet ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 4. August 1931

Die Romreise.



SPD. Der Reichskanzler begibt sich am Mittwoch-Abend in Begleitung des Reichsaussenministers nach Rom.

Den Anfang machte Chequers, dann reisten die deutschen Minister nach Paris und zusammen mit ihren französischen Kollegen nach London. Hierauf kamen MacDónald und Henderson nach Berlin und jetzt treten Brüning und Curtius die Fahrt nach Rom zum Besuch der italienischen Regierung an.

Man muss bei der Beurteilung dieser Ministerkonferenzen das rechte Mass innehalten. Man soll sie nicht unterschätzen, aber auch nicht überschätzen. Sie haben ihren grossen Wert, weil sie eine Stimmung persönlichen Vertrauens zwischen den massgebenden Staatsmännern schaffen und weil sie die Gelegenheit bieten, politische Fragen von Mensch zu Mensch und unter Verzicht auf den komplizierten diplomatischen Apparat zu erörtern. Aber es darf von ihnen nicht erwartet werden, dass sie eine alsbaldige und unmittelbare Lösung der schwierigen Probleme, wie sie insbesondere für Deutschland bestehen, herbeiführen.

Wenn wir uns dessen bewusst bleiben, werden wir namentlich die Bedeutung des Besuchs in Rom nicht überschätzen. Gerade bei ihm handelt es sich, soweit sich die Dinge übersehen lassen, in der Hauptsache um einen Akt der Höflichkeit. Reichskanzler und Aussenminister sind in England und Frankreich gewesen und Italien könnte es als eine Kränkung auffassen, wenn sie nicht auch ihm die Ehre gäben. Praktisch dürfte aus der Besprechung nicht viel herauskommen. Das Land Mussolinis gehört nicht zu den Staaten, die uns mit Krediten über unsere Schwierigkeiten hinwegzuhelfen vermögen, und irgendwelche besondere politischen Abmachungen zwischen ihm und uns lägen nicht im deutschen Interesse. Man soll mit Italien freundschaftlich korrekte Beziehungen unterhalten, nicht weniger, aber auch nicht mehr.

Es gibt in den Reihen der deutschen Nationalisten Leute genug, die über diese Grenze hinausgehen möchten und uns einreden wollen, dass eine Intimität mit Mussolini Deutschland ganz besondere Vorteile bringen würde. Es gibt andere, die der deutschen Sozialdemokratie einen Vorwurf daraus machen, dass sie den Diktator Italiens nicht glimpflich genug behandle und damit den Erfolg einer deutsch-italienischen Zusammenarbeit in Frage stelle. Man muss sich darüber klar sein, dass wir an Mussolini natürlich anders herantreten als die deutschen Faschisten. Zwischen ihm und uns steht der Schatten Matteottis und stehen die zahllosen italienischen Sozialisten, die unter seinen Verfolgungen zu leiden haben. Indessen wird uns niemand glauben machen können, dass unsere Haltung die italienische Politik zuungunsten Deutschlands beeinflusse. Es war, um nur ein Beispiel zu nennen, sicher nicht unsere Schuld, dass die italienische Presse, die doch nur schreibt, was von ihr verlangt wird, alsbald nach Bekanntwerden des Hoover-Planes als Gegenleistung den deutschen Verzicht auf die Zollunion mit Österreich gefordert hat, und ebenso wenig kann die deutsche

Sozialdemokratie dafür verantwortlich gemacht werden, dass vor dem Internationalen Gerichtshof niemand schärfer gegen die Zollunion gesprochen hat als der italienische Vertreter.

Die beiden deutschen Minister werden, wie wir annehmen möchten, diese Unfreundlichkeiten Italiens in Rom nicht ganz vergessen und daraus wird sich dann schon von selbst die entsprechende Temperatur für die beiderseitigen Freundschaftsversicherungen ergeben. Wir haben den Wunsch, dass sie nicht tiefer sinkt und nicht höher steigt als es das Interesse des europäischen Friedens und der Zukunft der europäischen Demokratie gebietet.

SPD. Amsterdam, 4. August (Eig. Drahtb.)

Vor dem Haager Ständigen Internationalen Gerichtshof erklärte am Dienstag der österreichische Vertreter Professor Kaufmann auf eine Anfrage des Präsidenten, dass er keine Dokumente zu dem von ihm angeführten Entwurf einer italienisch-österreichischen Zollunion im Jahre 1922 beschaffen könne, dass aber diese Unterhandlungen auch von italienischer Seite zugegeben worden seien. Der italienische Professor Pilotti erwiderte, dass die österreichische Regierung damals eine Zoll- und Münzunion vorgeschlagen habe, während von italienischer Seite niemals irgend welche Schritte unternommen worden seien. Italien habe damals die österreichische Anregung wegen einer befürchteten zu hohen Belastung abgelehnt. Beide Regierungsvertreter erklärten sich bereit, dem Gerichtshof entsprechende Unterlagen zu beschaffen.

Der zweite französische Vertreter, Professor Basdevant, hob in seiner Replik hervor, dass der Artikel 88 des Vertrages von St. Germain nicht nur die rechtliche Unabhängigkeit betreffe. Auch die wirtschaftliche Abhängigkeit Österreichs von einem anderen Staat gefährde seine politische und rechtliche Unabhängigkeit. Zudem habe das Wort Unabhängigkeit in den verschiedenen internationalen Verträgen durchaus nicht immer die gleiche Bedeutung. Andere Fälle kämen daher für die Beurteilung dieser Frage überhaupt nicht in Betracht. Der internationale Hof habe allein über diesen konkreten Fall zu entscheiden.

SPD. Der Reichskanzler hat am Dienstag-Abend in seiner Rundfunkrede, die auf sämtliche deutschen Sender übertragen wurde, zum Volksentscheid erklärt, dass man ihn am Sonntag nicht an der Wahlurne sehen werde. Wie wir dazu erfahren, trifft das gleiche für alle Reichsminister zu. Der Reichskanzler und sämtliche Reichsminister lehnen den Volksentscheid aus innen- und aussenpolitischen Gründen ab.

SPD. Paris, 4. August (Eig. Drahtb.)

Verschiedene Gegenden Frankreichs sind in der Nacht zum Dienstag und am Dienstag-Vormittag von schweren Gewittern heimgesucht worden. In der Nähe von Blois schlug der Blitz in das Wirtschaftsgebäude eines Schlosses ein, das vollkommen abbrannte. Nicht weit davon entfernt wurde eine Gruppe von vier Landwirten, die mit dem Rad vom Feldnach Hause zurückkehrte, vom Blitz getroffen. Ein Landwirt wurde getötet, zwei erlitten schwere Brandwunden. Bei Chalon-sur-Saone wurde ein Haus durch einen Blitzschlag zum Teil zerstört. Der Blitz sprang zugleich auf ein Nachbarhaus über und tötete eine 65 Jahre alte Frau.

SPD. Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Stubbendorff, der im Roggenuntersuchungsausschuss des Reichstags als einer der eifrigsten Bekämpfer des Eingreifens des öffentlichen Hand in die Getreidewirtschaft auftrat, hat jetzt im Kreise Westpriegnitz eine Roggenstützung durchgesetzt. Auf Antrag Stubbendorffs hat der Kreisausschuss der Westpriegnitz beschlossen, 100 000 Zentner Roggen anzukaufen.

Stubbendorff hat schnell umgelernt. Während er heute von der öffentlichen Hand den Ankauf grosser Roggenmengen verlangt, hat er am 24. Juni 1931, also erst vor wenigen Wochen, im Roggenausschuss des Reichstags folgendes gesagt: "Das Eingreifen der öffentlichen Hand in die private Wirtschaft lähmt die private Initiative und erzeugt Funktionsstörungen in dem feingliedrigen Organismus der Volkswirtschaft..... Funktionsstörungen in einem Organismus bedingen einen Rückgang der Leistung; Rückgang der Leistung in der Wirtschaft Deutschlands bringt Arbeitslosigkeit, Elend und Hunger für unendlich viele Glieder des deutschen Volkes."

Stubbendorff scheint ein bedenklich kurzes Gedächtnis zu haben. Oder sollte sein Stellungswechsel etwa darauf zurückzuführen sein, dass der Kampf der Deutschnationalen gegen die Roggenstützung im Roggenuntersuchungsausschuss nicht aus sachlichen Motiven geführt wurde, sondern nur zu dem Zweck, den sozialdemokratischen Reichskommissar Dr. Baade persönlich zu diffamieren?

SPD. Itzehoe, 4. August (Eig. Drahtb.)

Vor dem erweiterten Husumer Schöffengericht haben sich z. Zt. 18 Nationalsozialisten und ein Kommunist zu verantworten, die kürzlich anlässlich einer Löbe-Kundgebung in Heide einen nach Ansicht der Polizei planmässig vorbereiteten Ueberfall auf einen republikanischen Demonstrationszug verübt haben.

Der Verteidiger der Nazi-Angeklagten erklärte zu Beginn des Prozesses, dass seine Klienten die Aussage verweigern würden. Sie hielten "alle Notverordnungen für verfassungswidrig und wollten die letzten Zuckungen des Systems nicht unterstützen". Polizeibeamte sagten aus, dass das Reichsbanner während der Löbe-Kundgebung vorbildlich Disziplin gezeigt und sich erst zur Wehr gesetzt habe, als die Nationalsozialisten und Kommunisten zusammen über die Reichsbannerleute hergefallen seien. Ueberhaupt ergab der bisherige Prozessverlauf ein erschreckendes Bild von der Gemeinsamkeit des Handelns zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten.

SPD. Brüssel, 4. August (Eig. Drahtb.)

Die Arbeitgeber der belgischen Bergwerksindustrie haben das bestehende Lohnabkommen zum 1. September gekündigt.

Obwohl die Löhne seit Anfang des vergangenen Jahres um 19 Prozent herabgesetzt wurden, wollen die Arbeitgeber jetzt eine neue Reduzierung von fünf Prozent durchsetzen. Durch die protektionistischen Massnahmen Frankreichs hat sich die Lage in der belgischen Bergwerksindustrie sehr verschlechtert. Die belgische Kohlenausfuhr ist um zwei Millionen Tonnen zurückgegangen. Die Vorräte belaufen sich um Augenblick auf über 12 Millionen Tonnen. Die belgische Regierung hat bereits den Versuch gemacht, in Deutschland die gleiche Menge von drei Millionen Tonnen abzusetzen, die Deutschland nach Belgien ausführt. Wenn dies nicht gelingt, wird die belgische Regierung die Einfuhr von Auslandskohle nach Belgien verhindern. In den beteiligten Kreisen sieht man kein anderes Mittel, wenn man verhindern will, dass die 150 000 belgischen Bergarbeiter in einen verzweifelten Streik getrieben werden.

SPD. Hugenberg, der Vorsitzende der deutschnationalen Partei, hat dem Reichspräsidenten dieser Tage einen Besuch abgestattet. Wie wir wissen, war diese Aussprache nicht ohne weiteres zustandezubringen. Sie steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der schlechten Finanzlage der deutschnationalen Volkspartei, dem ewigen Krach zwischen Deutschnationalen und Nazis und dem Bedürfnis der Hugenbergianer, ihr finanzielles Elend möglichst in unmittelbarer Nähe der Reichskasse zu überwinden. Wie schlecht es finanziell um die Deutschnationalen bestellt und wie geringfügig damit ihre Aktionskraft z.Zt. ist, ergibt sich aus einem Rundschreiben, das Hugenberg kürzlich an die Landesverbandsvorsitzenden seiner Partei gerichtet hat. Das Schreiben lautet:

"An die Vorsitzenden der Landesverbände.

Wie mir berichtet ist, sind in vielen Landesverbänden erhebliche Mittel zur Vorbereitung des Stahlhelmvolsbegehrens aufgewandt worden, ohne dass vorher mit der örtlichen Stahlhelmleitung Abmachungen über eine wenigstens anteilige Wiedererstattung getroffen wurden. Dadurch sind leicht vor auszusehende finanzielle Schwierigkeiten in den betroffenen Organisationen entstanden, zum Teil haben die Landesverbände Schulden gemacht, zum Teil haben sie den Beitrag an die Parteizentrale nicht geleistet. Am 7. Februar 1931 haben die Landesverbände klare Anweisungen bezüglich der Finanzierung des Stahlhelmvolsbegehrens erhalten. Unter anderem war darauf hingewiesen, dass eine finanzielle Unterstützung, wie sie jetzt nachträglich von einem Landesverband bei der Parteizentrale beantragt wird, unmöglich sei. Wörtlich hiess es in der Anweisung:

"Es wird daher empfohlen, die Propaganda in dem Rahmen der allgemeinen Parteipropaganda einzuspannen, um besondere Kosten, auch Kosten für Redner, zu sparen. Es wird im Interesse der Landesverbände davor gewarnt, die Kosten für Sonderveranstaltungen für das Volksbegehren auch nicht vorschussweise auf die Landesverbände usw. zu übernehmen, wenn nicht die Bedürfnisse der eigenen Parteiorganisation einschliesslich der Pflichtbeiträge an die Parteizentrale für das laufende Jahr sichergestellt sind. Wenn die Parteiorganisation organisatorisch und finanziell in Schwierigkeiten kommt, ist der Kampf um Preussen, der mit dem Volksbegehren erst beginnt, bei dem Hauptkampf aussichtslos."

Ich habe ferner auf die Bildung eines besonderen Preussenkampffonds hinweisen lassen. Alle diese Hinweise und Anregungen sind leider bei einigen Gliederungen nicht nur nicht beachtet, sondern in ihr Gegenteil verkehrt worden: Man hat gestattet, dass bei deutschnationalen Veranstaltungen Sammlungen für das Volksbegehren durchgeführt wurden, deren Ertrag nicht in den Händen der Parteiorganisation blieb, sondern dem Stahlhelm zufloss, sodass - vielfach ist es jedenfalls so gewesen - der Partei die Rednerunkosten und ein grosser Teil der Kleinarbeit, dem Stahlhelm aber die Einnahmen zufielen. Ich richte nochmals an die Landesverbandsvorsitzenden das dringende Ersuchen, die finanziellen Bedürfnisse der Partei allen minder wichtigen voranzustellen.

Die finanzielle Krise ist die Krise der Partei; eine andere Krise gibt es nicht. Das politische Machtmittel der Deutschnationalen Volkspartei wird ausgeschaltet werden, wenn es nicht gelingt, diese Krise zu überwinden. Wichtigster als ein Volksentscheid von zahlenmässig unsicherem und politisch problematischem Erfolge ist die Aufbringung der Mittel zur Erhaltung der Partei. Ich bitte daher nochmals darum, keine Schulden zu machen und überhaupt keine Kosten für den Volksentscheid zu übernehmen, wenn nicht die Bedürfnisse der eigenen Parteiorganisation einschliesslich der Pflichtbeiträge für die Parteizentrale sichergestellt sind. Ich ersuche Sie, auch bei den unterstellten Gliederungen, die Finanzgebarung auch in diesem Sinne zu überwachen. Andererseits bitte ich, die Sammlungen für den Preussenkampffonds für die im Rundschreiben Nr. 12 praktische Hinweise gegeben sind, fortzusetzen."

Dieses Rundschreiben ist im Laufe des Juli noch einmal als dringliche Mahnung an die deutschnationalen Organisationen im Lande versandt worden. Ein Zeichen, dass sich die finanzielle Krise der deutschnationalen Partei inzwischen vergrössert hat und nicht nur die Kassen für den Volksentscheid,

sondern auch die des Herrn Hugenberg ziemlich leer sind. Aus dieser Situation heraus und im Zusammenhang mit der Erkenntnis, dass der Volksentscheid "unsicher und problematisch" ist, haben sich bei Hugenberg und bei seinen Freunden in letzter Zeit bestimmte Neigungen zum Verzicht auf ihre scharfe Oppositionsstellung gegenüber der Regierung Brüning geregt. Ihr Drang zur Futterkrippe und zur Reichskasse ist unverkennbar. Darum wahrscheinlich auch der bevorstehende Bittgang des Herrn Hugenberg zum Reichskanzler Dr. Brüning! Er dürfte nicht schon morgen aber in der übernächsten Woche vor sich gehen und zwar auf ausdrücklichen Wunsch des Herrn Hugenberg. Ehe es soweit ist, wird er seinen Anhang selbstverständlich weiter zum Sturz der Regierung Brüning aufrufen. Ist das Demagogie oder nicht?

SPD. Frankfurt/M., 4. August (Eig. Dr.)

In den Opelwerken in Rüsselsheim ist die Arbeit nach viertägiger Pause am Dienstag wieder aufgenommen worden. In dieser Woche wird nur an drei Tagen gearbeitet. Für die nächste Woche ist ebenfalls mit der Beibehaltung der Dreitagekurzarbeit zu rechnen.

SPD. Das Essener Naziblatt ist schwer in der Klemme. Es hat Schulden von mehr als einer halben Million Mark. Insofern langt der von dem hilfreichen Stahlgewaltigen Thyssen zur Verfügung gestellte Betrag von 135 000 Mark nur zur Deckung eines Bruchteils der drückenden Schulden.

Die Pleite der Naziverlage hat ihre Ursache vor allem darin, dass die Gelder der Schwerindustrie, insbesondere des "Vereins für bergbauliche Interessen" heute nicht mehr so fließen, wie früher. Im vorigen Jahre noch stellte der "Verein für bergbauliche Interessen" den Nazis ziemliche Summen zur Verfügung. Er wiederholte 1930 den Beschluss, je to Kohle eine Umlage von 7 Pfg. zu erheben und zwar: "Zur Deckung der vom Reichsverband der deutschen Industrie beschlossenen Umlage zur Pflege des Sportes wie überhaupt zur Unterstützung unserer Vereinsmitglieder auf den verschiedensten Gebieten nationaler Interessen".

Im Jahre 1930 wurden durch diese Umlage nicht weniger als 7 Millionen Mark aufgebracht, deren Verteilung hauptsächlich dem Geschäftsführer des "Vereins bergbaulicher Interessen", jenem Herrn von Löwenstein oblag, der als Hauptförderer Hitlers und der Nationalsozialistischen Partei bekannt ist. Solange er ziemliche Summen an Hitler und Konsorten abführte, behandelte die Nazi-Partei die Schwerindustrie und insbesondere den "Verein für bergbauliche Interessen" wie ein rohes Ei. Umso stärker war dafür der Sturm auf die Gewerkschaften. Heute zählen Löwenstein und seine Auftraggeber nicht mehr. Sie können nicht mehr wie früher. Und nun erfahren sie, dass Undank der Welt Lohn ist; denn jetzt werden auch sie von der Nazi-Presse angegriffen. Wahrscheinlich um ihre Gefebfreudigkeit von gestern neu zu wecken. Mit anderen Worten: um sie zu erpressen!

SPD. Prag, 4. August (Eig. Drahtb.)

Der Haupterfolg der Prager Tagung der Kriegsopfer-Internationale, die dieser Tage hier stattfand, liegt in der entschlossenen Kundgebung ihres Willens zum Frieden. Die Entschliessung, in der der Wille zum Frieden zum Ausdruck kommt, lautet in ihrem Kernstück folgendermassen:

Das wichtigste Heilmittel gegen die durch die Kriegsfolgen und eine Politik des Egoismus hervorgerufenen Schwierigkeiten ist die Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens unter den Völkern durch Anerkennung ihrer Pflich-

ten gegeneinander, durch Ausübung der internationalen Solidarität und des Willens, die internationalen Verpflichtungen jeder Art loyal innezuhalten. Um die Gegensätze, deren Konflikte nur mit friedlichen Mitteln ausgetragen werden dürfen, zu beseitigen, ist es unerlässlich, das internationale Wirtschaftsleben zu organisieren und eine internationale Regelung im europäischen Rahmen für den Umlauf der Güter, für die persönliche Fühlungnahme und für den Gedankenaustausch zu schaffen. Zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise als der hauptsächlichsten Quelle der Schwierigkeiten ist eine umfassende und durchgreifende Kreditaktion erforderlich, durch die Deutschland die zur Verhütung einer Finanz- und Wirtschaftskatastrophe notwendigen Kredite erhält, deren Währung lediglich dadurch erleichtert werden sollte, dass Deutschland durch Akte der Freiwilligkeit die Kreditgeber davon überzeugt, dass die gewährten Mittel ausschliesslich dem wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau, dem Frieden und der Erstarkung der Demokratie dienstbar gemacht werden. Im Zuge dieses Sanierungsprogramms erscheint eine Prüfung der Möglichkeit angebracht, die internationale Kriegsschuldenlast auf die Wiedergutmachung der Personen und Sachschäden zu beschränken.

Im übrigen fordert die Kriegsoffer-Internationale kraftvolle Bemühungen zur Sicherung eines Erfolgs der ersten allgemeinen Abrüstungskonferenz, die für 1932 nach Genf einberufen ist; und eine internationale Jugenderziehung im Geiste des Friedens. Mit besonderem Nachdruck erhebt die Internationale Einspruch dagegen, dass zur Ausgleichung der durch die Krise verursachten Finanzschwierigkeiten mancher Staaten auch die Kriegsoffer-Renten herangezogen werden.

SPD. Der Reichskanzler äusserte sich am Dienstag-Abend vor dem Rundfunk über die jüngsten Massnahmen der Reichsregierung. Ueberraschungen brachte die Rede nicht. Brüning kündigte die erwartete Einführung einer staatlichen Bankenkontrolle an und machte zum Schluss seiner Ausführungen keinen Hehl daraus, dass er als guter Staatsbürger gegen den Volksentscheid ist und nicht zur Wahlurne gehe. Die Formulierung seiner Stellungnahme zu dieser Volksbeschwindelung war mit Rücksicht auf bestimmte Persönlichkeiten des Reichskabinetts, die dem Stahlhelm zwar noch nahestehen, aber den Volksentscheid ebenso wie Brüning missbilligen, etwas verklausuliert, jedoch nicht misszuverstehen.

Der Reichskanzler führte u.a. aus :

"Das deutsche Volk hat die über alle Schichten hereingebrochene schwere Prüfung mit vorbildlicher Ruhe über sich ergehen lassen und seinen natürlichen Sinn für Ruhe und Ordnung bewahrt, der die verdiente Anerkennung der Welt gefunden hat. Heute ist sich die gesamte Welt darüber einig, dass die Geschicke der Völker miteinander auf das engste verflochten sind, dass Störungen im Organismus eines so grossen Wirtschaftskörpers wie Deutschland nicht ohne ernste Folgewirkungen auch im Ausland bleiben können. Kein Politiker kann mehr die Richtigkeit des Satzes bezweifeln, dass die Not eines Volkes nicht der Vorteil der anderen sein kann.

Aus solchen Erwägungen ist es inzwischen zu dem deutschen Staatsbesuch in Paris gekommen, dem sich alsdann die Sieben-Mächte-Konferenz in London anschloss. Dieser Konferenz folgten die Besuche der amerikanischen und englischen Staatsmänner in der Reichshauptstadt. Am Mittwoch-Abend begeben sich, einer Einladung der italienischen Regierung folgend, in Begleitung des Herrn Reichsaussenministers nach Rom. Hoffentlich werden wir demnächst den in Paris aufgenommenen deutsch-französischen Gedankenaustausch bei dem Gegenbesuch der französischen Staatsmänner in Berlin in freimütiger Weise fortsetzen. Die Ergebnisse dieser aussenpolitischen Besprechungen sind naturgemäss nur erste Schritte auf einem Wege, an dessen Ende nach unserer Hoffnung eine dauerhafte internationale Kooperation stehen soll. Zwischen den Erstlings-Ergebnissen solcher Zusammenkünfte und den durch die dringende Not erregten Hoffnungen wird immer eine schmerzliche Distanz bestehen.

Eine durchgreifende Finanzhilfe grossen Stils ist - ich trage keine Bedenken, dies festzustellen - einstweilen nicht erreicht worden. Eine grosse Auslandsanleihe liegt augenblicklich und für geraume Zeit ausserhalb der realpolitischen Möglichkeit. Hierfür gibt es verschiedene Gründe. Ein Hindernis liegt insbesondere in der Tatsache, dass zu einer solchen Anleihe die Garantie mehrerer grosser Länder verlangt wird, deren Zusage zu erreichen, teils aus staatsrechtlichen, teils aus finanztechnischen Gründen zurzeit ausgeschlossen ist. Darum ist vorerst Deutschland und seine Wirtschaft auf Selbsthilfe und auf das Vertrauen in seine eigene Kraft angewiesen. Ohne Zaudern ist die Reichsregierung schon vor und während der Pariser und Londoner Verhandlungen daran gegangen, die Folgerungen aus dieser Sachlage zu ziehen. Einen gewissen Abschluss haben die erforderlichen ersten, mehr technischen Sanierungsmassnahmen am vergangenen Sonnabend gefunden. Durch die letzten Entschliessungen wurde erreicht, dass vom morgigen Mittwoch an der Geldumlauf im Bar- und Ueberweisungsverkehr bei den Banken wieder in Gang gesetzt werden kann. In Verbindung damit waren einschneidende Bestimmungen zur Verhinderung der Kapitalflucht und für den Verkehr mit ausländischen Devisen erforderlich. Aus der Schärfe der Bestimmungen, die bis zur Festsetzung von Zuchthausstrafen bei ehrlosem Verhalten und schweren Verstössen gegen diese Vorschriften gehen, möge man die Entschlossenheit der Reichsregierung entnehmen, volks-schädlichen Sonderwünschen auf dem Kapitalmarkt in dieser allgemeinen Notzeit zu begegnen. Gewiss ist richtig, dass bei der in Aussicht genommenen vorübergehenden Devisenbewirtschaftung durch die Landesfinanzämter in Einzelfällen fühlbare Härten eintreten können. Die Reichsregierung ist entschlossen, dafür zu sorgen, dass diese durch die Not der Zeit erzwungenen Massnahmen bei aller Schärfe ihrer Durchführung nicht wirtschaftsstörend wirken.

Mit den dargelegten Massnahmen ist das zurzeit Notwendige geschehen, um den Geldumlauf von morgen ab wieder gewohnten Verhältnissen anzunähern. Alles, was Reichspräsident und Reichsregierung in diesen Wochen anordnen mussten, hat mit Inflationsgefahr nicht das Mindeste zu tun. Es ist richtig, dass wir zunächst davon absehen mussten, den vollständigen freien Kassenverkehr bei den Sparkassen so wie bei den Banken schon von Mittwoch ab in Wirksamkeit treten zu lassen. Das aber hängt mit dem Wesen und der Zweckbestimmung der Sparkassen zusammen. Die Sparkassenvermögen sind so sorgfältig als möglich angelegt, und zwar in erster Linie in der Anlageform, die man für die sicherste hält, d.h. in erststelligen Hypotheken. Die Sicherheit einer solchen Anlage muss aber zuhächst damit erkauft werden, dass die angelegten Gelder nicht täglich in beliebiger Höhe zurückgezahlt werden können, weil Hypotheken ihrem Wesen nach langfristige Anlagen sind. Das muss eine Sparkasse einfach mit in Kauf nehmen, denn sie ist ja ein Institut, das ersparte Vermögen mit einem Höchstmass von Sicherheit verwalten und nicht etwa eines, das tägliche Gelder bewirtschaften soll. Aber es ist alles vorbereitet, um auch bei den Sparkassen den unbeschränkten Zahlungsverkehr in einem nahen Zeitpunkt wieder herzustellen.

Die Lage, wie sie nun einmal hauptsächlich durch den Abzug der Auslandsgelder entstanden ist, zwang uns, das Problem der Grossbanken zunächst in Angriff zu nehmen. Das besondere Eingreifen der Reichsregierung in diesem Fall war eine ausgesprochene Mittelstandsmassnahme. Selbstverständlich kann die Reichsregierung nicht darauf verzichten, längst überlegte Massnahmen auf dem Gebiete des gesamten Kredit- und Kapitalverkehrs und des Aktienrechts vorzubereiten. Diese Erklärung bedeutet keinen Schlag gegen das freie Bankgewerbe. Aber nachdem einmal der Staat auf dringendes Ersuchen der Beteiligten sich rettend und schützend auf diesem Gebiet hat einschalt-

ten müssen, kann er sich nicht der Pflicht entziehen, auch Massnahmen vorbeugender Art für die Zukunft zu treffen, wie es andere Völker längst getan haben.

Ist es notwendig zu sagen, dass für die aussichtsreiche Fortsetzung dieser Entwicklung Freiheit von innerpolitischen Störungen, Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im deutschen Volke unentbehrliche Voraussetzung ist? In einem Augenblick, wo alle Volkskraft der gemeinsamen und verstehenden Arbeit an der Ueberwindung der Wirtschaftsnot gehört, müssen selbsterfleischende politische Kämpfe, die in der Geschichte so oft Leid über Deutschland gebracht haben, zurücktreten. Und wenn Sie, meine Damen und Herren, in Fortführung dieses Gedankens sich nun fragen, was ich vom Volksentscheid über die Auflösung des preussischen Landtags halte, so muss ich Ihnen erwidern, dass es sich staatsrechtlich hier um keine Reichs-, sondern um eine preussische Angelegenheit handelt. Als Staatsbürger - nicht als Parteipolitiker - aber erkläre ich Ihnen, dass Sie mich nicht an der Wahlurne sehen werden. Nicht Zuspitzung der Parteipolitischen Gegensätze ist das Gebot der Stunde, sondern ihre Fruchtbarmachung in einer diese Gegensätze überbrückenden schöpferischen Synthese.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiedernören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Das Wahlgeheimnis gilt auch für den Volksentscheid!

Zwingt Dich Terror, zur Abstimmung zu gehen, so stimme mit Nein!

Volksentscheid in heutiger Not

Schafft nicht Arbeit, schafft nicht Brot !

Geht nicht zum Volksentscheid!

Bleibt dem Volksentscheid fern!

Zwingt Euch Terror hinzugehen,

so stimmt mit Nein !

Das Wahlgeheimnis schützt Euch!

Parole für den 9. August :

Dem Volksentscheid fernbleiben !

Was tue ich, wenn Wirtschaftsterror oder Boykott mich zur
Teilnahme am Volksentscheid zwingen ?

Ich stimme mit "Nein", oder ich gebe einen unbeschriebenen
und daher ungültigen Zettel ab !

Das Wahlgeheimnis schützt mich unbedingt !

Wie bringe ich den Volksentscheid zum Scheitern ?

Ich bleibe ihm fern und fordere alle Vernünftigen
auf, das gleiche zu tun!

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Nationale Würdelosigkeit.

SPD. Adolf Hitler hat Südtirol mehr als ein dutzendmal verraten. Er hat es seiner Anbetung vor Mussolini geopfert. Dabei ist die sogenannte "nationale Würde", die jeder Hitlermann ständig im Munde führt, restlos vor die Hunde gegangen. Hier ist ein drastischer Beweis, der Hitler in der Rolle eines würdelosen Lakaien eines Mussolini zeigt :

Auf einer Versammlung nationalsozialistischer Studenten in Innsbruck sprach der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Frank. Er erklärte, dass nur ein grosses von Salurn bis zur Nordsee reichendes Deutschland in der Lage sein würde, die vom Vaterland abgetrennten Gebiete zurückzuerobern.

Die Nationalsozialisten von Innsbruck klatschten begeistert Beifall, aber Hitler kroch wegen dieser Äusserung vor Mussolini zu Kreuze. Der Bozener Vertreter des "Popolo d'Italia" verlangte von Hitler Aufklärung über die Erklärung Franks in Innsbruck. In Abwesenheit Hitlers liess Gregor Strasser dem "Popolo d'Italia" mitteilen, dass die Worte Franks nichts als eine bedauerliche rednerische Entgleisung seien, Hitler habe wiederholt erklärt, dass die sogenannte südtiroler Frage zwischen einem faschistischen Italien und einem nationalsozialistischen Deutschland nicht einmal ein Diskussthemata bilden werde. Er könne offiziell im Namen der Parteileitung erklären, dass die Äusserungen Franks nicht den Anschauungen des Parteichefs entsprechen.

Aber Hitler selbst genügte dieser Kotau noch nicht. Er sah sich gedrängt, seine Beflissenheit noch persönlich zu erweisen. Also telegraphierte er dem "Popolo d'Italia" :

"Die Haltung unserer Partei bezüglich der Südtiroler Frage ist unveränderlich. Die angeblichen Äusserungen Dr. Franks in Innsbruck haben keine Bedeutung. Weitere Erklärungen werden nach der Rückkehr Dr. Franks folgen. Hitler."

Der Mailänder "Popolo d'Italia" rühmt sich laut, dass er von Hitler eine derartig "loyale" Erklärung herausgezogen habe. Er stellt fest, dass "damit die Hanswürstliaden der Innsbrucker Pangermanisten verurteilt seien". Hitler kriecht vor Mussolini und die Nationalsozialisten, die sich für das Deutschtum in Südtirol einsetzen, werden zum Danke dafür von der Presse Mussolinis als Hanswürste bezeichnet. Das ist die wahre nationale Würde, wie man sie im Braunen Hause versteht!

Die Bundesgenossen der Gelben.

In Apolda streiken die städtischen Arbeiter. Kaum hatte der Streik begonnen, so redete die RGO grosse Töne. Sie behauptete, dass sie den Streik führe, dass es sich um eine Aktion der RGO handle. Die Haltung der kommunistischen Arbeiter entsprach jedoch den grossen Tönen der RGO keineswegs. Sie sagten sich, dass die Gelegenheit günstig sei. Wenn heute gestreikt wird, hat der Streikbrecher Gelegenheit wieder in Arbeit zu kommen. Und hier noch dazu in einen städtischen Betrieb!

Also meldeten sich kommunistische Arbeiter in Apolda als Streikbrecher. Gemeinsam mit Stahlhelmen und Nationalsozialisten kehrten sie in Apolda die Strassen, noch dazu unter Polizeibedeckung, damit sie von den streikenden Arbeitern nicht belästigt würden. Die Führung dieses Streiks hat die RGO tatsächlich - aber gegen die streikenden Arbeiter.

Ist es nicht im Kleinen ein Seitenstück zu dem, was die kommunistische Zentrale in Preussen im Grossen unternimmt? In Apolda in der gelben Einheits-

front der Streikbrecher mit Stahlhelmer und Nationalsozialisten, in Preussen
in der Einheitsfront mit Hitler, Hugenberg und den schlimmsten Scharfmachern!

Selbsthilfe durch Lohnabbau.

Die deutschnationale Presse schreit laut nach der nationalen Selbsthilfe. Was sie darunter versteht, das ist die Wirtschaftsweisheit Hugenbergs und der Scharfmacher. Im deutschnationalen Brunnen-Verlag ist ein Buch "Krieg dem Hunger" erschienen, in dem die deutschnationalen Wirtschaftspläne entwickelt werden. Dazu gehört vor allem eine neue Inflation. Was damit bezweckt werden soll, wird im folgenden klar ausgesprochen:

"Zunächst wird natürlich durch die neuen Gelder eine gewisse Steigerung der Preise eintreten, denn so schnell wie die neuen Gelder als Arbeitslohn auf dem Markt auftreten, um zu kaufen, sind die neuen Güter nicht da. Vor allem weil ja in erster Linie nicht nur neue Verbrauchsgüter geschaffen werden, sondern Produktionsgüter für die Landwirtschaft, die erst in späterer Zeit Verbrauchsgüter Lebensmittel hervorbringen. Hier heisst es natürlich Nerven bewahren. Würde man es ebenso machen wie die Regierung seit 1919, würde man sofort alle Löhne erhöhen, um nur die grosse Menge zufrieden zu machen, so wäre allerdings die Schraube ohne Ende wieder da und es ginge bergab mit der Währung."

Also neue Inflation, steigende Preise, aber gleichbleibender Nominallohn! Mit anderen Worten, die Arbeiterschaft soll durch Abbau des Reallohnes bis zum äussersten, soll mit ihrem Hunger die nationale Selbsthilfe bezahlen, wie die Deutschnationalen sie auffassen.

Hakenkreuz-Frauenorden a.D.

Der "Deutsche Frauenorden", die bisherige Organisation der Frauen in der Hitler-Partei ist mit Wirkung vom 15. Juni aufgelöst worden. Der Orden stand bisher unter der Leitung von Elsbeth Zander, die in der Berliner nationalsozialistischen Bewegung eine einflussreiche Rolle spielte, wenigstens was einige der Führer anbelangt. Man erzählt, dass der Skandal in diesem Frauenorden selbst für Hitler, der doch durch seinen Stabschef Röhm in punkto Skandal nicht verwöhnt ist, nicht mehr zu ertragen gewesen sei. Ueber das Wesen des Skandals sind genauere Nachrichten nicht in die Öffentlichkeit gedrungen. Sollten in diesem Hakenkreuz-Frauenorden etwa die strengen Zuchtwahlprinzipien, die nach Rosenberg und Daré für die Züchtung des neuen nationalsozialistischen Adels obligatorisch gemacht werden sollen, nicht streng eingehalten worden sein?

Mediziner als Nationalisten.

Die deutschen Radiologen haben in diesem Jahre den Internationalen Radiologenkongress in Paris boykottiert. Ihrem Beispiel sind die deutschen Zahnärzte gefolgt. Vom 3. bis 8. August findet in Paris der Internationale zahnärztliche Kongress statt. Ende Juli hat das deutsche Nationalkomité der Internationalen Vereinigung plötzlich die Teilnahme der deutschen Zahnärzte an der Pariser Tagung abgesagt. Die Begründung ist dieselbe, wie die der Radiologen. Es wird auf die Ereignisse der letzten Wochen verwiesen.

Es ist kein Zweifel, dass eine Verständigung der Gesellschaften untereinander erfolgt ist, und dass die Boykottierung der beiden Kongresse aus nationalistischen Motiven erfolgt ist. Der Gesichtspunkt der Sparsamkeit kann keine Rolle gespielt haben, da das Komitee für den Zahnärztekongress bereit war, für die Reise der deutschen Zahnärzte 18 000 Frs. zur Verfügung zu stellen. Dass ausgerechnet Mediziner eine derartige nationalistische Aktion unternehmen, ist kein Ruhmesblatt für die deutsche Wissenschaft!

Aus aller Welt

Trinke Elektrizität!

Neue Verwendungsformen der Hochfrequenzströme - Bestrahlte Trinkkuren im Haushalt.

SPD. Aschaffenburg, Anfang August (E.B.)

Welch ein Weg von Voltas Frosch-Schenkelexperiment, dem Anfang der elektrischen Forschung bis zur Hochfrequenz, dem vorläufigen Ende. Doch wie vor hundert Jahren kennen wir auch heute nur die Wirkungen der Elektrizität, nicht aber ihr eigentliches Wesen. Und dabei steigert sich täglich die Anwendungsmöglichkeit der Elektrizität. Das neueste auf diesem Gebiete ist die Empfehlung: Trinke Elektrizität!

Erfinder Moritz.

Inmitten der Welt lebt der Mensch, wie alles geladen mit Elektrizität, wie alle Lebewesen Elektrizitätsverbraucher. Mit Luft, Wasser und Nahrung nimmt der Organismus an und für sich schon elektrisch geladene Körper auf. Die Durchringung der Materie mit Strahlenenergie stellt ein gewaltiges Heilmittel der Natur dar, das wir erst dann voll in den Dienst der leidenden Menschheit stellen können, wenn wir Wesen und Gesetze der Strahlen voll erfasst haben.

Ausgehend von diesen Gedanken hat ein auf dem Gebiete der Hochfrequenzstrahlen erfahrener Erfinder, R. Moritz in Aschaffenburgmeine Flüssigkeitsbestrahlungsapparatur hergestellt, bei der nicht nur die bekannten ultravioletten Strahlen in Wirksamkeit treten, wie solche schon längst durch die Quecksilberlampe bei Bestrahlung von Kindern (Rachitis usw.) angewandt werden. Der Erfinder führt vielmehr der Flüssigkeit mittels einer ganz besonders konstruierten Kathode Ozon zu und nützt das elektromagnetische Wechselfeld, das durch 50 bis 100-periodischem Wechselstrom entsteht, dabei aus. Die so bestrahlte Flüssigkeit verändert ihre Wirkung vollkommen, obwohl ihr äusserlich nichts anzusehen ist.

Ein Rosenexperiment.

Der Erfinder füllt zwei Gläser mit Wasserleitungswasser, nimmt seine Elektrode zur Hand, ein einfaches Ersatzgerät, wie es an jeden Hochfrequenzapparat anzuschliessen ist, die sich zu Bestrahlungszwecken in Tausenden von Haushalten befinden, schaltet den Strom ein und rührt das Wasser in einem Glas um. Dann nimmt er zwei voll erblühte Rosen, stellt eine in das Glas bestrahlten Wassers, die andere muss sich mit dem gewöhnlichen Leitungswasser zufrieden geben. Sie hat das bessere Teil gewählt, denn nach einiger Zeit lässt die Rose, die ihre Kraft aus dem bestrahlten Wasser zieht, den schimmernden Blütenkopf hängen, der Stiel wird schwarz, das bestrahlte Wasser hat sie getötet. Die andere aber leuchtet und duftet fort.

Elektrizität heilt.

An sich keine neue Entdeckung, aber neu ist die Wirkung, die bestrahltes Wasser hat. Der Erfinder hat seine Entdeckung Autoritäten unterbreitet, die entsprechende Versuche angestellt haben. Professor Wendler-Wien stellt als Wirkung des so bestrahlten Wassers fest, dass Umschläge bei Hautgeschwüren und dergleichen geradezu verblüffende Heilerfolge brachten. Wird Milch mit diesem Verfahren bestrahlt, so tritt eine starke Anreicherung des Vitamins D ein, vor allem aber hat dieses bestrahlte Wasser auf den inneren Menschen eine Wirkung, wie sie sonst nur natürlichen Abführwassern beschieden ist. Die Versuche gehen weiter, welche Bedeutung aber der Sache beigelegt wird, geht daraus hervor, dass sich so-

gar schon Badeorte der Sache annehmen, weil damit eine Erweiterung der Kurmittel verbunden ist.

Wie lange also wird es noch dauern, und der im Bad Heilung Suchende wird seinen Nachbarn auf der Morgenpromenade fragen: "Wieviel Volt müssen Sie trinken?"

G.D.

+ + +

Everlings Entlassung. Reichsverkehrsminister Guérard hat den Flugsachverständigen Professor Everling, der in einem Streit zwischen den Dessauer Junkerswerken und der Detroiter Ford-Fabrik ein Gutachten zugunsten Fords abgegeben hat, fristlos aus dem Dienste des Reichsverkehrsministeriums entlassen. Das Kündigungsschreiben, das Professor Everling vor dieser Entlassung durch seinen Bruder, den deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Everling, dem Reichsverkehrsministerium zustellen liess, wurde von Reichsminister Guérard als nicht rechtsgültig angesehen. Professor Everling selbst steht auf dem Standpunkt, dass er sein Gutachten in seiner Eigenschaft als "Hochschullehrer" abgegeben habe, wozu er aufgrund der internationalen Gepflogenheiten berechtigt sei. Das Reichsverkehrsministerium macht demgegenüber geltend, dass dieses Gutachten, das eine deutsche mit dem Reich in engster wirtschaftlicher Verbindung stehende Firma ungemein schädigt, von Everling nicht 19 Tage vor dem beabsichtigten Austritt aus dem Reichsverkehrsministerium hätte abgegeben werden dürfen.

+ + +

Hochwasserkatastrophe. An einer besonders gefährdeten Uferstelle des chinesischen Stroms Jangtse, der bereits seit Tagen infolge starker Regenfälle über die Ufer getreten ist, barst plötzlich der Schutzdamm. Eine ungeheure Wassermenge ergoss sich über die Stadt Hankau, deren tiefgelegene Armenviertel nach kurzer Zeit vollkommen überschwemmt waren. Mehrere hundert Chinesen ertranken. Da die Stadt vollkommen vom Wasser abgeschnitten ist, wird eine Hungersnot befürchtet.

+ + +

Riesiger Bestdiebstahl. Am helllichten Tage entwendeten Einbrecher aus dem Warschauer Hauptpostamt für eine halbe Million Zloty Briefmarken. Von den Tätern fehlt jede Spur.

+ + +

Wilder Schmugglerkampf. Am Dienstag morgen kam es in der Nähe des deutsch-belgischen Grenzortes Wassenberg zu einem wilden Kampf zwischen einem Zollbeamten und einem Schmuggler. Der Zollbeamte wollte ein Automobil anhalten, das offensichtlich ein gefälschtes Nummernschild trug. Als das Auto jedoch weiterfuhr, sprang der Beamte auf das Trittbrett des Wagens und versuchte, das Steuer in seine Hand zu bekommen. Der Autoführer gab Vollgas, hielt mit der linken Hand das Steuerrad und versuchte mit der Rechten, auf den Beamten einzuschlagen; das Auto fuhr einen lebensgefährlichen Zickzackkurs. Der Zollbeamte wehrte sich nach Leibeskräften. Als er seine Pistole ziehen wollte, biss der Chauffeur ihn in die Hand. Schliesslich versuchte der Lenker des Autos, den Wagen seitlich an eine Hauswand zu fahren, um den Zollbeamten zu erdrücken. Indes raste das Auto mit voller Wucht mit dem Kühler direkt gegen das Haus. Durch die Wucht des Anpralls stürzte das Haus ein. Das Auto wurde schwer beschädigt, dem Wagenführer gelang es jedoch, auf einem Motorrad, das als Deckung gefolgt war, zu entkommen. Der Zollbeamte war ohnmächtig geworden.



Ratenzahlung und Angestellte.

Stellungnahme des Afa-Bundes.

SPD. Nach der Freigabe des Zahlungsverkehrs liegt kein Grund mehr vor, den Angestellten ihre fälligen Gehälter vorzuenthalten. Der § 6 der Durchführungsverordnung vom 18. Juli muss verschwinden. Alle Angestellten, ob in der Industrie oder in der öffentlichen Wirtschaft, die ihre Gehälter postnumerando bekommen, müssen am Letzten dieses Monats ihr Augustgehalt erhalten. Mit schärfstem Nachdruck wurde diese Forderung auf einer am Dienstag in Berlin stattgefundenen Konferenz der im AFA-Bund vereinigten Angestelltenverbände zum Ausdruck gebracht.

Die Angestellten haben, nachdem durch das Versagen der Banken die Kreditorganisation ins Wanken geraten war, die Notwendigkeit einer Regelung des Zahlungsverkehrs nicht verkannt. Sie müssen jedoch gegen die Ungerechtigkeit protestieren, die den Unternehmern in demselben Augenblick das gibt, was den Angestellten genommen wird. Der § 6 der Durchführungsverordnung vom 18. Juli, der nach Auffassung der Regierung eine nachträgliche Ratenzahlung der postnumerando fälligen Gehälter gestattet, greift ohne jede Notwendigkeit in die tarifvertragliche Regelung der Zahlungstermine ein. Während die Notverordnung den Unternehmern die Möglichkeit gab, sich die notwendigen Lohngehälter von den Banken zu verschaffen, mussten die Angestellten auf ihre längst abgearbeiteten Gehälter weiter warten, und zugleich verspernte man ihnen den Zugriff zu ihren Spargroschen. Die Unternehmer räumten ihren Kunden neue Kredite ein, die Angestellten aber mussten auf ihre Gehälter warten. Und wer will bezweifeln, dass vielfach Lohnzahlungen von den Banken genehmigt wurden, die nicht den Weg zu den Angestellten gefunden haben? Während für die Banken Millionenbeträge vom Reich zur Verfügung gestellt werden, während die Unternehmer mit den Mitteln des Reiches ihre Verluste sanieren und als Retter auftreten, setzt man sich über die tariflich festgelegten Rechte der Angestellten mit einem Federstrich hinweg.

Es gibt Leute, die gerne die Ratenzahlung zu einer Durchlöcherung der Angestelltenrechte benutzen möchten. Der AFA-Bund bekämpft deshalb auch jegliche Ratenzahlung bei den Behördenangestellten, die sich nicht zwingend aus den Kassenschwierigkeiten des Reiches ergibt. Bei aller Rücksichtnahme auf die angespannten Finanzverhältnisse im Reich, in den Ländern und Kommunen müsse für die sozialen Nöte der Angestellten und Pensionäre Verständnis gefordert werden. Auch vom finanztechnischen Standpunkt aus sei nicht einzusehen, weshalb die meisten Renten und Pensionen bis unter 50 Mark jetzt in Raten bezahlt werden. Die Belastung der Behörden mit den Doppelzahlungen sei schlimmer als alle Sparmassnahmen. Zu bedauern sei auch, dass das Reichsfinanzministerium durch seine gegen die tarifvertraglichen Bestimmungen verstossende Regelung der Gehaltszahlung praktisch den Behördenangestellten jede Urlaubsreise unmöglich mache. Preussen habe einen Weg gefunden, der solche Schwierigkeiten beseitige, die keine finanzielle Entlastung brächten, sondern nur die Angestellten unnötig verärgerten. - Der AFA-Bund erwartet, dass die Regierung alsbald die Durchführungsverordnung vom 18. Juli einer Revision unterzieht.

SPD. Der Deutsche Bauwerksbund nahm dieser Tage auf einer bedeutsamen Sitzung des Beirats zu einer Reihe für den Verband überaus wichtiger Fragen Stellung. Im Mittelpunkt der Erörterung standen: Mitgliederbewegung, Unterstützungswesen, freiwilliger Arbeitsdienst und Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen.

Die schreckliche Arbeitslosigkeit hat einen Rückgang in der Mitgliederzahl des Verbandes verursacht. Der Deutsche Bauwerksbund zählte Ende 1929 489 845 Mitglieder; Ende 1930 waren es 462 428 und heute beträgt die Mitgliederzahl nur noch 440 000. Dieser Rückgang ist nur allzu verständlich. Man kann sich höchstens darüber wundern, dass er nicht noch stärker in die Erscheinung trat. Im Verhältnis zur Not dieser Tage ist der Rückgang nur gering - ein Zeichen für die Treue der übergrossen Mehrheit der Bauwerksbündler zu ihrer Organisation.

Die Krise hat, wie der Bundesvorsitzende Bernhard klarlegte, der Bundeshauptkasse seit länger als Jahresfrist weit mehr Ausgaben für Unterstützung auferlegt als an Beiträgen eingeht. Die Unterstützungspolitik der Organisation solle daher auf eine mehr ausgleichende Basis gestellt werden. Man müsse an die Zukunft, vor allem an das Frühjahr 1932 denken, das nach Ablauf der Lohn-tarife den Bauarbeitern manche Ueberraschung bringen könne. Der Bund müsse aus der Defizitwirtschaft heraus, weil seine Schlagfertigkeit nicht gefährdet werden dürfe. - Der Beirat trat einmütig den Vorschlägen des Vorstandes bei und die bisherigen Bezüge in der Streikunterstützung, der Erwerbslosen-, der Hinterbliebenen- und der Wanderunterstützung wurden herabgesetzt. Die Konferenz gab dabei der Ueberzeugung Ausdruck, dass die Mitglieder draussen im Lande diese Notmassnahme verstehen und nach wie vor zur Organisation halten.

Die Verordnung zur Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes wurde von der Konferenz mit allem Nachdruck abgelehnt; denn sie richte ihre Spitze gegen die baugewerblichen Arbeiter. Bei dem Umfang, den heute die sogenannten Notstandsarbeiten angenommen hätten, könne überhaupt kein Raum mehr für Arbeiten bleiben, die im sogenannten Freiwilligen Arbeitsdienst herzustellen wären. Jedenfalls müsse alles unternommen werden, um zu verhindern, dass reguläre Bauarbeiten irgendwie durch den Freiwilligen Arbeitsdienst erledigt würden; denn das würde die den Bauarbeitern noch zur Verfügung stehenden Arbeitsmöglichkeiten noch mehr einengen. Die ganze Verordnung sei arbeitsrechtlich und sozialpolitisch widerspruchsvoll und müsse daher mit aller Schärfe bekämpft werden.

Besondere Beachtung verdient die Stellungnahme der Konferenz zur Haltung des Reichsarbeitsministeriums gegenüber der Forderung auf Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen im Baugewerbe. Das Ministerium hat alle bisher in dieser Richtung gestellten Anträge abschlägig beschieden. Die Haltung des Ministeriums stiess in der Konferenz auf schärfste Kritik. Anscheinend halte man jetzt auch im Reichsarbeitsministerium die Löhne des deutschen Baugewerbes für "viel zu hoch", obwohl sie doch von den Schlichtern des Ministers sowohl in den einzelnen Vertragsgebieten wie auch von der zentralen Stelle aus festgesetzt und teilweise auch für verbindlich erklärt worden seien. Wolle man jetzt die Bauarbeiter auch arbeitsrechtlich zu Menschen minderen Rechtes machen? Ein Arbeitsminister, der solche Politik treibe, müsse aufs schärfste bekämpft werden. Ein Reichsarbeitsminister sei doch dazu da, in erster Linie die Interessen der Arbeiterschaft in sozialpolitischer und arbeitsrechtlicher Beziehung wahrzunehmen. - Die Konferenz war der einmütigen Auffassung, dass einer solcher volksfeindlichen Politik Fehde angesagt werden müsse; denn das Mass des Elends der Bauarbeiter sei übertoll.

SPD. Vor dem Kölner Arbeitsgericht wird zurzeit eine interessante Lohnklage gegen die Ford-Werke durchgeföhrt. Die Werke hatten am 10. Juli fast die gesamte Belegschaft "beurlaubt". Am 1. August erhielten die Beurlaubten, die keinen Lohn bekamen, die Mitteilung, dass sie ihre Papiere in Empfang nehmen könnten. Einer der auf diese Weise schliesslich tatsächlich entlassenen Arbeiter klagte vor dem Gericht auf Zahlung des Lohns für die Urlaubstage.

Die Ford-Fabrik war eigentlich stillgelegt, die Werksleitung hatte sich aber nicht an die gesetzlichen Bestimmungen über Stilllegungen gehalten, wonach 4 Wochen vor der Entlassung oder "Beurlaubung" ein Stilllegungsantrag gestellt werden muss. Die Arbeiter bekamen jedenfalls keinen Lohn und das Arbeitsamt zahlte keine Arbeitslosenunterstützung.

Der Kläger betonte, die Stilllegungsanzeige sei erst am 27. Juli erstattet worden, sodass der Lohnanspruch vom 10. Juli bis zum Tag der endgültigen Entlassung zu zahlen sei. Der Vertreter der Fordwerke erklärte, die Firma sei zu einem Vergleichsvorschlag bereit, wonach sie für die Zeit vom Beginn des "Urlaubs" bis zum 26. Juli eine Entschädigung zahlen wolle und von da ab das Arbeitsamt die Arbeitslosenunterstützung geben solle. Da der Vertreter des Werkes jedoch keine Vollmacht zu einem Vergleichsabschluss hatte, wurde die Klagesache zunächst bis Mitte August vertagt.

Ob eine Einigung möglich ist, hängt davon ab, ob die Entschädigung nicht erheblich unter dem eingeklagten Lohnanspruch liegt. Erfolgt keine Einigung, dann muss das Gericht wohl dem Arbeiter den Lohn für die Urlaubstage zusprechen. Das dürfte für die übrigen "beurlaubten" Arbeiter, etwa 900 Köpfe, Anlass sein, die Bezahlung der Urlaubstage ebenfalls auf dem Klageweg zu fordern.

Die Verwaltung der Kölner Fordwerke hat jedenfalls die Erfahrung machen müssen, dass sich die deutschen Arbeiter nicht amerikanisch behandeln lassen.

SPD. Für die Angestellten der Reichsanstalt ist ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen worden. Er ist am 1. August in Kraft getreten.

Die Verhandlungen über die Neugestaltung des Tarifs waren bereits Anfang Juli beendet, die Aufsichtsinstanzen (Reichsarbeits- und Reichsfinanzministerium) hatten jedoch an dem Inhalt des Vertrages verschiedenes auszusetzen, sodass neue Besprechungen notwendig wurden. Der ZdA erklärte dabei ganz eindeutig, dass offenbar ein Missbrauch der Aufsichtsbefugnisse der Reichsregierung vorliege, wenn diese sich in den Abschluss des Tarifvertrags einmische.

Der Vorstand der Reichsanstalt hatte sich die Forderungen der Regierung zu eigen gemacht; trotzdem gelang nach einigen Abänderungen der endgültige Abschluss.

SPD. Die Vorschriften der Reichsanstalt über die Art der Durchführung des Freiwilligen Arbeitsdienstes sind nunmehr ebenfalls erlassen. Auch sie betonen, dass als Träger des Dienstes alle Vereinigungen in Betracht kommen, die für ordnungsgemässe Durchführung des Dienstes im Rahmen der Verordnung Gewähr bieten, gleichgültig, welche Zwecke sie sonst verfolgen. Die Prüfung des Landesarbeitsamtes erstreckte sich in erster Linie auf die Gemeinnützigkeit der Arbeit, und der Begriff der Gemeinnützigkeit dürfe dabei nicht engherzig ausgelegt werden. - Hoffentlich wird aus der Weitherzigkeit, die hier den Arbeitämtern empfohlen wird, keine Härte gegenüber den Arbeitern, die durch den Freiwilligen Arbeitsdienst Gefahr laufen, Arbeitsmöglichkeiten zu verlieren. Auf die Gefahr, dass auf der einen Seite Arbeit gegeben und auf der anderen Seite Arbeit genommen wird, haben soeben erst die Bauarbeiter sehr nachdrücklich hingewiesen.



Der neue Brotwucher.

Was man in den Tagen des kommunistisch-nationalsozialistischen Volksentscheids übersieht.

SPD. Ueber den Pleiten in der Industrie und der Bankwelt, über Devisen- und Kapitalfluchtnotverordnungen und über dem kommunistischen Theater gelegentlich des Volksentscheids in Preussen hat die breite Oeffentlichkeit offenbar vergessen, dass man erst vor einigen Monaten einen hartnäckigen Kampf um den Brotpreis führte. Manch einer wird, jetzt daran erinnert, fragen: was ist denn eigentlich aus diesem Brotpreiskampf geworden? Die Antwort lautet kurz und bündig: Die Getreidepreise sind während des um 50 bis 60 Mark pro Tonne gefallen der Brotpreis aber steht dort, wo er stand und das ehrsame Bäckergewerbe steckt Sonderprofite ein, die monatlich recht stattlich in die Millionen gehen.

Jedesmal gehen in der zweiten Hälfte des Getreidejahres, also in der Zeit von Januar bis etwa Juli, die Getreidepreise in die Höhe. Die Vorräte gehen zur Neige und das sich verknapende Angebot bedingt eben höhere Preise. Dieses Mal kletterten die Preise ganz besonders in die Höhe, weil der Reichsernährungsminister Schiele, der Vertrauensmann der Grossagrarien, die ganze Bewegung mit politischen Mitteln förderte. So huntertrieb Schiele die Getreidezollermässigung und wehrte sich gegen eine genügende Einfuhr von Brotgetreide. Das ging bis in den Monat Juni hinein gut. Dann trat ein starkes Fallen der Getreidepreise ein. Sicherlich hat die Finanzkatastrophe in Deutschland die Dinge auf den Getreidemärkten beeinflusst. Die Mühlen können sich nicht mit grösseren Vorräten eindecken, weil der Zinsfuss, was sich aus der ganzen finanziellen Misere ja erklärt, zu hoch und weil die Lage an den Getreidebörsen zu unübersichtlich ist. Des anderen stockt das Mehlggeschäft. Die Tatsache, dass infolge Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Lohnkürzung der Leibriemen in Deutschland enger geschnallt werden muss, wirkt sich auf den Mehl- und Getreideabsatz aus. Man soll gerade die Landwirtschaft einmal an diese Dinge erinnern. Selbstverständlich ist der Getreidepreissturz in Deutschland keine Sondererscheinung. Die Getreidepreise auf den Weltmärkten sind noch mehr gefallen. Der Juliweizen wurde in Chikago so niedrig notiert, wie noch nie seit dem Jahre 1894. Das Reichsernährungsministerium mag mit politischen Mitteln in diese Entwicklung eingreifen wollen; es wird sich zeigen, dass sich das Getreide der Preiskatastrophe auf den Weltmärkten ebenso wehig entziehen kann wie die Baumwolle, wie Kupfer, Zucker, Gummi und andere Rohstoffe. Die politischen Mittel werden nur zur Folge haben, dass die notwendige Anpassung an das Weltpreisniveau später erfolgt und die daraus resultierende Krise verlängert wird. Vor allem soll sich der Reichsernährungsminister einmal darüber klar werden, dass angesichts einer solchen Entwicklung seine überhöhten Getreiderichtpreise einfach Unfug und Popanz sind.

Ueber die Entwicklung der Getreidepreise an der Berliner Börse geben wir folgende Uebersicht:

	<u>30. Mai 1931</u>	<u>4. August 1931</u>
	(Notierungen für eine Tonne in Reichsmark an der Berliner Börse am märkischer Station)	
<u>Weizen</u>	272 - 274	188 - 190
<u>Roggen</u>	198 - 200	139 - 140
<u>Weizenmehl</u>	33,00 - 38,25	25,50 - 35,00

(100 kg frei Berlin incl. Sack)

Roggenmehl

(100 kg frei Berlin
incl. Sack)

26,05 - 28,05

20,50 - 24,00%

Der Preissturz ist gewaltig. Das mag daraus hervorgehen, dass wir gegenwärtig seit 1924 den niedrigsten Roggenpreis haben. Hier müssen aber die Preise auf den Weltmärkten berücksichtigt werden. Nehmen wir z.B. die Preise für amerikanische Weizenmittelsorten, so ergibt sich ein Preis ab Hamburg ohne Zoll, der noch einige Mark unter 90 Mark liegt. Südrussischer Roggen, der in der Qualität besser ist als der deutsche Roggen, wird immer pro Tonne für nicht ganz 63 Mark angeboten. Wir können also feststellen, dass die deutschen Getreidepreise infolge der Zölle immer noch doppelt so hoch sind, als die Weltmarktpreise.

Wie haben nun die Mehl- und die Brotpreise auf diese gewaltige Erschütterung reagiert? Wie unsere Aufstellung ergibt, ist der Mehlpreis im Begriff, sich den Getreidepreisen anzupassen. Wir können heute nur sagen, dass, trotzdem genügend Zeit für die Anpassung vorhanden war, wir z.B. einen Roggenmehlpreis haben, der einem Getreidepreis von etwa 150 Mark entspricht. Das Mehl ist also noch nicht genügend billig geworden. Man hat die Preisbewegung ganz genau zu verfolgen, um hier einem drohenden Wucher Einhalt zu tun, und mancher Mann und manche Frau in Dorf und Stadt, die nun einmal radikalen Anwandlungen huldigen, täten besser, wenn sie am nächsten Sonntag, dem Tag des kommunistisch-nationalsozialistischen Volksentscheids, einmal gründlich die Getreide- und Brotpreise studieren wollten, anstatt mit ihrem Stimmzettel den Brotwucher zu fördern.

Denn der Brotpreiswucher blüht wieder. Wie nie zuvor. In Berlin kostet das Brot gegenwärtig 38,5 Pfennige pro Kilogramm. Nach den gegenwärtigen Mehlpreisen, die sich aber noch nicht den Getreidepreisen angepasst haben, dürfte das Brot pro Kilogramm nur 35 Pfennige kosten. Das Kilogramm Brot wird gegenwärtig mit 3,5 Pfennigen zu teuer bezahlt. Das ist eine Ungeheuerlichkeit und man kann sich schon vorstellen, dass gewisse Kreise an einer politischen Unruhe grösstes Interesse haben, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit nicht auf diese Dinge hinzulenken. Es ist ja auch sehr nett, wenn man die Sozialdemokratische Partei für alle Fehler des privatkapitalistischen Systems verantwortlich macht und die breite Masse auf die SPD schimpfen lernt, während man im Trüben fischt und seine Wuchergewinne einstreicht.

Machen wir uns mal ein Bild von den Profiten, die der neue Brotwucher erbringt. Man kann annehmen, dass der städtische Verbrauch an Brot monatlich etwa 250 000 Tonnen beträgt. Rechnen wir nur, dass der gegenwärtige Sonderprofit der Bäcker, Brotfabriken usw. 3 Pfennig pro Kilogramm im Durchschnitt für das ganze Reich ausmacht, so ergibt sich pro Monat für Deutschland ein Wuchergewinn von 750 000 000 Pfennigen. Das heisst mit anderen Worten; der gegenwärtige überhöhte Brotpreis bedeutet für das Bäckergewerbe einen Extraprofit von monatlich 7,5 Millionen Mark.

Dass die Regierung hier mit allen Mitteln einschreiten muss, ist selbstverständlich und die Kommunisten, die sich jetzt für die Ideale der alten wilhelminischen Zeit einspannen lassen und mit Hakenkreuz und Stahlhelm gemeinsam gehen, täten gut, sich wieder daran zu erinnern, was der Brotpreis für die Arbeiterfamilie in Deutschland bedeutet.

Hinweg mit dem Schwindel des Volksentscheids, der die breiten Massen nur über den Wucher hinwegtäuschen soll!

SPD. Die Hausbesitzer planen einen neuen Raubzug auf Kosten der Allgemeinheit. Ihre Organisationen haben ein neues Programm zur Beseitigung der Hauszinssteuer aufgestellt, das bereits eingehend in Regierungskriegen beraten wird und auf dem Wege der Notverordnung durchgeführt werden soll. Danach soll die Hauszinssteuer abgeschafft werden. An ihrer Stelle sollen für das

Reich Zwangshypotheken in Höhe der dreifachen Friedensmiete, die auf insgesamt 5 Milliarden Mark geschätzt wird, also von 15 Milliarden für das Reich hypothekarisch eingetragen werden. Die Hausbesitzer sollen dafür 36 Jahre lang 5 % Zinsen und 1 % Tilgung zahlen, sodass sich Einnahmen von 900 Millionen Mark ergeben. Von den 15 Milliarden Zwangshypotheken soll das erste Drittel vom Reich an die Golddiskontbank abgetreten werden, die diese 5 Milliarden als Kreditsunterlage zur Beschaffung einer langfristigen Auslandsanleihe zugunsten der Reichsbank benutzen soll. Die dem Reich verbleibenden 10 Milliarden Mark könnte der Staat nach Bedarf zu Garantierzwecken für langfristige Auslandskredite der Privatwirtschaft zur Verfügung stellen.

Zur Begründung dieses Programms wird angeführt, dass durch die Hauszinssteuer zurzeit 900 Millionen Mark für den Finanzbedarf der Länder und Kommunen und weitere 200 Millionen Mark für die Förderung des Wohnungsbaues aufkommen. Die neue Regelung würde der öffentlichen Hand also mindestens die gleichen Einkünfte sichern wie bisher und zugleich eine Unterlage für umfangreiche Auslandskredite ergeben. Auf der anderen Seite würde die Belastung des Hausbesitzes, der jetzt mit der Hauszinssteuer 48 % der Friedensmiete an den Staat abführen müsse, durch die Senkung der Abgaben auf 18 % der Vorkriegsmonate derart erleichtert, dass der Verkaufswert des Hausbesitzes vom 4- bis 5fachen Wert der Mieten auf den 13fachen Wert der Friedensmiete steigen würde.

Die Argumente für diesen Plan der Hausbesitzer bezwecken eine Irreführung der Öffentlichkeit: die vorgeschlagenen, neben den Aufwertungs- und sonstigen Hypotheken im Grundbuche einzutragenden Zwangshypotheken sind sehr fragwürdig Kreditsunterlagen für Auslandsanleihen. Das internationale Kapital wird besser Garantieren verlangen.

Durch Steuersenkungen und Hauszinssteuererlasse an arbeitslose Mieter werden die Einnahmen der Länder und Gemeinden aus der Hauszinssteuer in diesem Jahre auf rund 1 500 Millionen Mark sinken. Eine Herabsetzung der öffentlichen Einnahmen durch die von den Hausbesitzern geplante Neuregelung auf 1 200 Millionen Mark würde den Hausbesitzern also neben der enormen Wertsteigerung ihrer Grundstücke noch rund 300 Millionen Mark zuschanzen. Denn von einer Rückgängigmachung des Geschenks von schätzungsweise 450 Millionen Mark, das den Hausbesitzern mit der Senkung der Grundsteuer und der Verkehrssteuern im Rahmen der Dezembernotverordnung auf Kosten des Wohnungsbaues beschert wurde, ist in dem Vorschlage der Hausbesitzer selbstverständlich nicht die Rede.

Nach den jüngsten Millionengeschenken der Reichsregierung zur "Sozialisierung" der Verluste des privaten Bank- und Industriekapitals besteht höchst Gefahr, dass die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaftsreaktion und Staatsbürokratie hinter den Kulissen zu neuen Millionengeschenken an den Hausbesitz auf dem Notverordnungswege führt; an denselben Hausbesitz, dessen Organe einhellig den schwarzweissroten Volksentscheid unterstützen. Nur der einmütige Protest der werktätigen Massen kann diesen neuen Bereicherungsfeldzug des reaktionären Hauskapitals vereiteln.

SPD. Die Berliner Bankwelt rechnet angesichts der am Mittwoch erfolgenden Lockerung des Zahlungsverkehrs mit durchaus normalen Anforderungen. Auch im Sparkassenverkehr glaubt man sehr schnell zu normalen Verhältnissen zu kommen, nachdem die Reichsbank genügende Mittel bereitgestellt hat. Die Reichsbank hat im Laufe der letzten Verhandlungen eingesehen, dass das Publikum der Sparkassen nicht anders und schlechter behandelt werden kann als das Bankpublikum. Jede verschiedenartige Behandlung der Sparkassen hätte die Grundlage des ganzen Sparkassenwesens unterminiert und damit dem Realkredit nie zu heilende Wunde geschlagen. Nachdem der Reichsbankpräsident den Spar-

kassen ausreichende Kredite zugesagt hat, wird man die Einrenkung des Verkehrs in die Wege leiten können. Gemäss der Notverordnung bleiben bis Sonnabend noch gewisse Einschränkungen bestehen. Ab Montag werden grössere Beträge ausgezahlt werden können. Wenn das Publikum Disziplin übt und keine Angst-
abhebungen vornimmt, ist damit zu rechnen, dass man in der nächsten Woche den ganzen Sparkassenverkehr freigeben kann.

SPD. Ueber den Stand der Reben in Preussen wird für Anfang August 1931 folgendes mitgeteilt: Der Regen im 2. Julidrittel hat der bisherigen günstigen Entwicklung der Trauben nicht geschadet. Der Behang wird durchweg als gut bezeichnet; der Reifeprozess steht kurz bevor, was einen Vorsprung von 2 - 3 Wochen gegenüber anderen Jahren bedeutet. Die Pilzkrankheiten konnten von den Winzern mit Erfolg bekämpft werden. Wenn 1 sehr gut = $\frac{3}{4}$ bis voller Herbst, 2 gut = $\frac{1}{2}$ bis $\frac{2}{3}$ Herbst, 3 mittel = $\frac{1}{3}$ Herbst, 4 gering = $\frac{1}{6}$ bis $\frac{1}{4}$ Herbst und 5 sehr gering = weniger als $\frac{1}{6}$ Herbst bedeutet, so ergibt sich für die Weinbaugebiete Preussens folgender Rebestand: Anfang August 1931: 1,8.- Anfang August 1930: 2,5.- Anfang Juli 1931: 1,8.- Anfang Juli 1931: 1,9.

Danach werden die Aussichten für den Herbst in allen Weinbaugebieten durchweg günstig beurteilt.

Berliner Viehmarkt.

(4. August.)

SPD. Die Schweinepreise erfuhren am Dienstag einen starken Auftrieb, der so ziemlich alle Klassen erfasste und etwa 4 bis 6 Pfennige pro Pfund Lebendgewicht ausmachte. Wie klein das Angebot, das dieser Preissteigerung zugrunde lag war, geht wohl daraus hervor, dass der Markt sehr bald geräumt werden konnte. Dagegen genügte auf dem Hammelmarkt das Angebot. Bei glattem Geschäft gab den die Preise ein wenig nach. Ähnlich wie der Schweinemarkt war auch der Kälbermarkt zu wenig beschickt. Die Preise zogen teilweise ähnlich an wie auf dem Schweinemarkt. Der Rindermarkt hatte bei genügendem Auftrieb ruhigen Handel. Besser war die Marktlage für Stallmasttiere.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfund) 57 (52 - 53), b) (240-300 Pfd.) 57 - 58 (52 - 53), c) (200 - 240 Pfd.) 56 - 58 (52 - 53), d) (160-200 Pfd.) 54 - 57 (50-52) 2. 52 - 54 (46 $\frac{3}{4}$ 48), Sauen 51-52 (46-48). Schafe: a) 48-51 (49-51), b) 48-52 (48-52), c) 40-46 (42-47), d) 30-37 (27-38). Kälber. b) 50-59 (44-53); c) 42-55 (40-50), d) 32-40 (30-38). Kühe: a) 30-35 (30-35), b) 23-38 (23-38).

SPD. Der Vorstand der Berliner Produktenbörse hat an die Regierung das Ersuchen gestellt, für die schwebenden handelsrechtlichen Geschäfte für September und Oktober beschleunigt eine Zwangsregelung durchzuführen. Sollte die Regierung das Ersuchen ablehnen, dann ist geplant, zunächst am 6. August handelsrechtliche Geschäfte zu notieren. Die fortlaufende Notierung soll dann am 10. August erfolgen.

Baisse geht weiter.

(Berliner Getreidebörse vom 4. August)

SPD. An der Berliner Produktenbörse blieb am Dienstag die Stimmung weiter schwach. Die Situation hat sich in keiner Weise geändert. Das Angebot der Landwirtschaft in Roggen und Weizen ist zwar durchaus nicht gross und auch nicht dringend; jedoch ist die Möglichkeit, Ware abzusetzen, in Anbetracht der schwierigen Verhältnisse nur gering, sodass nur ein Teil der auf den Markt gebrachten Ware unter neuen Freisrückgängen Aufnahme finden konnte. Beide Brotgetreidearten verloren wiederum im Durchschnitt 3 Mark. Im Mehlgeschäft war die Lage gleichfalls unverändert. Es fanden nur die allernotwendigsten Bedarfsdeckungskäufe statt, wobei die Preise im wesentlichen unverändert blieben. Für Hafer war die Stimmung abgeschwächt. Es drängte mehr Material auf den Markt, während zugleich die Zurückhaltung der Käufer grösser geworden ist. So ergaben sich auch hier Preisverluste von 2 Mark. In Wintergerste lag reichliches Angebot vor; jedoch kam es nur selten zu Abschlüssen, da die Forderungen der Eigener im allgemeinen nicht bewilligt wurden.

	<u>3. August</u>	<u>4. August</u>
	(ab märkische Station in Mark.)	
Weizen	192 - 194	188 - 190
Roggen	143 - 144	139 - 140
Neue Wintergerste	135 - 146	135 - 146
Hafer	147 - 153	145 - 150
Weizenmehl	26,00 - 35,25	25,25 - 35,00
Roggenmehl	21,00 - 24,50	20,50 - 24,00
Weizenkleie	11,00 - 11,25	10,75 - 11,10
Roggenkleie	10,25 - 10,50	10,00 - 10,35.

Rauhfutternotierungen.

(4. August).

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	R#	0,45 - 0,60
" " Weizenstroh	R#	0,35 - 0,50
" " Haferstroh	R#	0,35 - 0,50
" " Gerstenstroh	R#	0,35 - 0,50
Roggen=Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt	R#	0,55 - 0,75
Bindfadengepresstes Roggenstroh	R#	0,45 - 0,65
" " Weizenstroh	R#	1.--
Häcksel	R#	1,30 - 1,45
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	R#	1,25 - 1,50
Gutes Heu, gesund und trocken	R#	1,70 - 2,20
Thymothee, lose	R#	2,30 - 2,60
Kleeheu, lose	R#	2,15 - 2,45
Mielitz=Heu, lose, rein		-
" " " (Warthe)		-
" " " (Havel)		-
Drahtgepresstes Heu	R#	0,30 über Notiz